

Unsere Ziele für den Hochtaunuskreis

2016–2021

**Freie
Demokraten**
Hochtaunus-FDP

1.

Der Hochtaunuskreis – weltoffen und engagiert 4

2.

Bildung und Integration als die zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre 6

Die beste Bildung der Welt	7
Betreuungsangebote – weil sich die Gesellschaft wandelt.....	7
Wahlfreiheit von Anfang an	8
In Schulen investieren	8
Unterrichtsqualität: Schulen nicht allein lassen	9
Schulvielfalt: Denn jedes Kind ist anders	9
Ja zum Gymnasium	9
Lebenslanges Lernen: Weil Bildung niemals aufhört.....	10
Engagierte Sozialpolitik der FDP fortsetzen...	10

3.

Kultur, Erholung – im Taunus lässt sich's gut leben 11

Kultur – im Taunus leben mit Niveau	11
Destination Taunus	12
Keine Windräder im Naturpark Hochtaunus	12
Verträgliches Wachstum – keine Siedlungsgroßprojekte.....	13

4.

Infrastruktur und Gesundheit 13

Mobil – mit Maß und Ziel	13
Hochtaunuskreis – ein leistungsfähiger Standort für unsere Gesundheit.....	15

5.

Politik, die rechnen kann. Wer bestellt, bezahlt 16

Bund und Land lassen die Kommunen alleine	16
Auf die Kernaufgaben des Kreises konzentrieren.....	16

Freie Demokraten Hochtaunus-FDP

Vorwort

Der Hochtaunuskreis steht am Anfang des Jahres 2016 vor großen Chancen, aber auch vor Herausforderungen: Er ist einer der stärksten Kreise Deutschlands – seine Attraktivität ist ungebrochen – seine einmalige Lage zwischen Frankfurt und dem Naturpark Taunus macht ihn zu einer der begehrtesten Wohnlagen, nicht nur in Frankfurt-Rhein-Main, sondern in ganz Europa. Landschaftlich herausragend, kulturell reich, international vernetzt und wirtschaftlich stark, so nehmen die Hochtaunusbürger den Kreis wahr. Der Hochtaunuskreis war und ist etwas Besonderes und verdient eine besondere Politik.

Wir Freien Demokraten tragen seit langem Verantwortung für unsere Heimat Hochtaunus – als Mehrheitsfraktion oder als Opposition im Kreis-

tag. Wir haben in der vergangenen Wahlperiode viele Impulse gegeben und uns für unseren Kreis engagiert. Wir wollen, dass der Hochtaunuskreis, bleibt was er ist: Unsere Heimat – wo wir uns zuhause fühlen. Wir wollen aber auch, dass sich der Hochtaunuskreis den Herausforderungen stellt und sich mit seinem Profil weiterentwickelt.

Der Hochtaunuskreis ist Teil der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main und übernimmt mit seiner Lage zu Frankfurt als Standort für Wohnen und Gewerbe, Freizeit und Erholung, Sport und Kultur, Bildung und Ausbildung viele Aufgaben der Metropolregion. Die Rolle des Hochtaunuskreises geht damit über die eines gewöhnlichen Landkreises weit hinaus. Wir sind ein wichtiger Teil der kommunalen Familie Frankfurt-Rhein-Main. Wir steuern unseren Teil bei, aber wir brauchen auch die anderen. Deshalb wollen wir Liberalen die Zusammenarbeit in der Region langfristig stärken und fördern.

1.

Der Hochtaunuskreis – weltoffen und engagiert

Wir Freie Demokraten stehen seit jeher für Offenheit und Toleranz, für Freiheit und Menschenrechte weltweit ein. Menschen, die vor Krieg, Gewalt und politischer Verfolgung fliehen, müssen in Deutschland Schutz finden können. Gerade der Hochtaunuskreis mit seiner liberalen Tradition und der Weltoffenheit seiner Bürgerinnen und Bürger steht für diese Werte.

Der derzeitige Zustrom an Flüchtlingen stellt alle Landkreise und Kommunen vor große Herausforderungen. Humanitäre Hilfe ist unsere Verpflichtung, aber die bisherigen Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung sind völlig unzureichend. Die geltenden rechtlichen Regelungen zu Einwanderung, Kriegsflüchtlingen und Asyl sind wirklichkeitsfern und verfehlt, die Flüchtlingsfrage wurde zu lange ignoriert.

Unsere Möglichkeiten der Unterbringung und Integration sind begrenzt. Die Zahl der Schutzsuchenden muss daher drastisch sinken. Dazu müssen außenpolitisch die Lage in den Heimatländern und in den Auffanglagern, zum Beispiel in der Türkei, in Jordanien und dem Libanon, verbessert werden, weil sich sonst weitere Millionen Menschen in Bewegung setzen. Außerdem muss

eine faire Verteilung der Lasten innerhalb Europas erreicht werden.

Kriegsflüchtlinge sollen für die Dauer der Bedrohung in Deutschland humanitären Schutz genießen: Solange die Bedrohung anhält, droht keine Abschiebung. Durch dieses Vorgehen werden auch Ausweisungen und spätere Rückführungen erleichtert sowie der Familiennachzug begrenzt. Hat sich die Sicherheit in den Heimatländern verbessert, oder war das Heimatland von Anfang an als sicher eingestuft, muss eine konsequente Rückführung erfolgen. Dieses Verfahren hat sich in den neunziger Jahren bei den Bürgerkriegsflüchtlingen vom Balkan bewährt. Für diejenigen Flüchtlinge, die dauerhaft bei uns bleiben wollen, ist das Asylverfahren das falsche Instrument. Dazu benötigen wir endlich das von der FDP seit langem geforderte Einwanderungsgesetz, das die Anforderungen und Kriterien dafür klarstellt.

Wir streben eine Integration nach den Prinzipien ›Fördern und Fordern‹ und ›Hilfe zur Selbsthilfe‹ an. Kriegsflüchtlingen und Asylbewerbern soll es nicht nur gestattet werden zu arbeiten, sie sollten aus unserer Sicht sogar ausdrücklich dazu aufgefordert werden, denn Arbeit fördert die Integration und die Akzeptanz in der Bevölkerung und ist nach Beendigung des Aufenthalts vielleicht sogar eine indirekte Aufbauhilfe für die zerstörten Länder.

Das überwältigende Engagement der vielen ehrenamtlichen Helfer in den Städten und Gemeinden des Hochtaunuskreises bei der Betreu-

ung der Flüchtlinge ist dieser Tage auch eine Verpflichtung für die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung: Ohne dieses Engagement wäre die Kreisverwaltung nicht in der Lage, die den bei uns lebenden Flüchtlingen diejenige Betreuung und Unterstützung zu gewähren, die sie so dringend brauchen.

Es ist in diesen Tagen die vordringliche Aufgabe des Kreises, die Ehrenamtlichen in Ihrer Arbeit nach Kräften professionell zu unterstützen, dieses Engagement zu erhalten und die Arbeit der vielen Initiativen und Helfern zu koordinieren. Besonderer Zuwendung bedürfen die vielen Kinder und Jugendliche unter den Flüchtlingen, die ohne ihre Eltern zu uns gekommen sind. Wir wünschen wir uns eine besonders schnelle und erfolgreiche Integration.

Die Aufnahme Tausender Menschen aus Herkunftsländern mit anderer kultureller Prägung ist eine Chance, birgt aber auch die Gefahr von Konflikten. Alleinige Richtschnur für das Zusammenleben sind für uns Freie Demokraten das Grundgesetz und die Rechtsordnung in Deutschland. Sie gelten für alle – Hierlebende und Neuankömmlinge. Und sie müssen gegen Angriffe von politischen und religiösen Extremisten – unabhängig ihrer Herkunft – sowie von Rassisten und Gewalttätern jeglicher Art geschützt werden.

Wir schätzen die Freiheit in Deutschland, unsere Weltoffenheit und Toleranz. Deutschland hat mit dem Grundgesetz eine freiheitliche Wertordnung. Diese Liberalität ist für uns die Grund-

lage des Zusammenlebens und die Voraussetzung von Integration. Diese Verfassungsgrundsätze müssen wir auch Flüchtlingen vermitteln. Deshalb sollte bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen nicht nur die deutsche Sprache vermittelt werden, sondern auch unsere unverrückbare liberale Gesellschaftsordnung. Gerade innerhalb der Einrichtungen darf es keine Zweifel daran geben, dass Glaubens- und Meinungsfreiheit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Minderheitenschutz und das Gewaltmonopol des Staates gewährleistet und Übergriffe konsequent geahndet werden.

Wir Freien Demokraten werben dafür, mit einer konsequenten Wertevermittlung bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu beginnen. Gewalt in Unterkünften darf keine Toleranz entgegengebracht werden. Derartige Rechtsverstöße dürfen auch nicht verheimlicht und negiert werden. Bereits nach heute geltender Rechtslage besteht die Möglichkeit, Flüchtlinge, die straffällig werden, in ihr Heimatland zurückzuschicken. Das Land muss eine bessere Ausstattung der Polizei und der Sicherheitskräfte gewährleisten.

Der Kreis muss aber neben allen Herausforderungen des Tagesgeschäftes bei der Erstaufnahmen von Flüchtlingen heute schon die Weichen für die Zukunft stellen. Der Kreis muss sich rüsten für die Herausforderungen, die in ein, zwei Jahren zu erwarten sind: Feste Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen. Dazu muss der private und öffentliche Wohnungsbau durch die

Bereitstellung von zusätzlichem Bauland in den Kommunen massiv gefördert werden. Wir müssen kostenintensive Vorgaben am Bau – wie zum Beispiel überzogene Wärmeschutzanforderungen – reduzieren und die Umwidmung von Gewerbeflächen in Wohnbauflächen erleichtern. Eine Beschlagnahme von privatem Wohneigentum zur Flüchtlingsunterbringung lehnen wir Freie Demokraten kategorisch ab.

2.

Bildung und Integration als die zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre

Die gezielte Integration der Flüchtlinge und seit langem hier lebenden Migranten steht für uns im Mittelpunkt der Politik der nächsten Jahre. Wir haben die Gründung eines Integrationsbeirates für den Hochtaunuskreis unterstützt und die Erarbeitung eines konkreten Integrationsplanes gefordert. Denn an den Fakten kommt keiner vorbei: Rund 70 Prozent der Menschen, die Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, haben einen Migrationshintergrund. Daher ist es aus unserer Sicht die zentrale Herausforderung unserer Gesellschaft, diesen Menschen über eine gezielte Integration Chancen zu ermöglichen, aber auch Anstrengung und Leistungen zu jedes einzelnen zu fordern. Dies gilt auch und gerade für die zahlreichen Flüchtlinge, die aktuell im Hochtaunuskreis eintreffen.

Wir wollen nicht, dass große Teile unserer Gesellschaft von finanziellen Hilfen des Kreises abhängig sind. Am wichtigsten ist es daher, das Problem bei der Wurzel zu packen, anstatt später Symptome zu kurieren. Wir müssen daher zukünftig stärker in Bildung investieren. Wir müssen unsere bestehenden Bildungseinrichtungen besser vernetzen. Bildung beginnt in den kom-

munalen Betreuungseinrichtungen, Hausaufgabenhilfe und die Ausbildungsförderung des Kreises durch Förderprogramme.

Bildung ist deshalb das Gebot der Stunde zur Integration von Flüchtlingen und Migranten. Wichtigster Baustein einer erfolgreichen Integration ist und bleibt das Erlernen der Deutschen Sprache. Hier muss der Kreis erheblich mehr Anstrengungen unternehmen, um den bereits hier lebenden und neu ankommenden Migranten die Möglichkeit zum Erlernen der deutschen Sprache zu schaffen. Das Pilotprojekt »Mama lernt Deutsch« an der Schule, das derzeit in Steinbach sehr erfolgreich ist, sollte auf weitere Grundschulen des Kreises ausgedehnt werden.

Der Kreis muss seinen Einfluss als Förderer der Volkshochschule so nutzen, dass diese verstärkt Deutschkurse und Integrationskurse anbietet. Der Kreis muss die hervorragende Arbeit z. B. in Sportvereinen und ehrenamtlichen Initiativen weiter unterstützen. Jede Vereinsarbeit in den Kommunen ist für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft wertvoll, weil hier Freundschaften und Kontakte zwischen Menschen entstehen. Hier wird Heimat und Identität geschaffen – die kann man nirgendwo kaufen!

Die beste Bildung der Welt

Wir wollen die beste Bildung der Welt für unsere Kinder ermöglichen! Denn für uns Liberale

ist gute Bildung das wichtigste politische Anliegen überhaupt. Bildung darf niemandem vorenthalten werden. Chancengleichheit und soziale Durchlässigkeit des Schulsystems sind für Liberale zentrale Anliegen.

Bildung umfasst neben der Wissens- und Methodenvermittlung auch Erziehung zu den Werten, die unsere Gesellschaft zusammenhalten – Freiheit, Demokratie und Mitmenschlichkeit, Toleranz gegenüber Minderheiten und Offenheit für die Vielfalt der Gesellschaft. Bildung ist der Schlüssel zur Integration, zu Wohlstand und persönlicher Freiheit. Bildung ist letztlich das Fundament unseres Zusammenlebens und unserer europäischen Identität, die wir erhalten wollen. Bildung ist die Voraussetzung für Dialog und Gedankenaustausch – mit anderen Worten: für die Diskursfähigkeit – in einer pluralen offenen Gesellschaft.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Ausschüsse des Kreistages neu geordnet werden. Das gesamte Thema Bildung soll zukünftig in einem Ausschuss behandelt werden, der die Zuständigkeit für sämtliche Bildungsaktivitäten des Hochtaunuskreises bündelt.

Betreuungsangebote – weil sich die Gesellschaft wandelt

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist heute wichtiger denn je. Sie entscheidet über Beruf

und Karriere einzelner Menschen und die Attraktivität der Region insgesamt. Mit dem Bau von Betreuungszentren an den Grundschulen haben wir hier schon vor vielen Jahren den richtigen Weg eingeschlagen. Als Landkreis im Ballungsraum müssen wir eine verlässliche Betreuung bis in den Nachmittag hinein anbieten. Der Hochtaunuskreis war mit seinem Betreuungskonzept einmal Vorreiter in Hessen! Hier möchten wir wieder hinkommen. Unser Ziel ist es, in jeder der 13 Städte und Gemeinden des Kreises für jeden ein umfassendes Betreuungsangebot anzubieten. Auch der Ausbau von Ganztagschulen muss im Hochtaunuskreis viel stärker betrieben werden.

Wahlfreiheit von Anfang an

Unser liberaler Grundsatz der Wahlfreiheit gilt auch für die Entscheidung jeder Familien zwischen einer öffentlichen Krippe und privater Tagespflege. Dazu müssen wir die Rahmenbedingungen für private Anbieter hinreichend attraktiv halten, damit sich auch in Zukunft genügend Tagesmütter – und -väter – zur qualitativ hochwertigen Betreuung von Kindern entscheiden. Die FDP-Fraktion hat in der letzten Wahlperiode durchgesetzt, dass die Zuschüsse des Kreises zur privaten Tagespflege angehoben wird, damit diese gegenüber den kommunal stark subventionieren Krippen überhaupt noch eine Überlebenschance haben. Wir wollen auch in Zukunft

beides: attraktive Krippen und eine starke Tagespflege.

In Schulen investieren

Unsere Kinder sollten alles werden können – außer dumm. Damit sie die besten Chancen haben, wollen wir die bestmögliche Ausstattung an den Schulen des Hochtaunuskreises. Die FDP hat im Hochtaunuskreis vor einigen Jahren in Regierungsbeteiligung das ehrgeizigste Schulbauprogramm in ganz Hessen gestartet. Wie alle Landkreise ist auch der Hochtaunuskreis für die räumliche Ausstattung der Schulen verantwortlich. Wir haben bisher über 950 Mio. Euro in unsere Schulen investiert und damit die baulich modernsten Schulgebäude aller Landkreise geschaffen.

Das Schulbauprogramm muss das Herzstück aller Investitionen im Kreis bleiben, denn noch sind nicht alle Schulen des Kreises auf dem neuesten Stand. Auch in der Opposition stehen wir Liberale daher voll und ganz hinter den notwendigen Investitionen in unsere Schulen, ohne wenn und aber! Auch wenn nicht alles auf einmal geht, es bleibt dabei: Eine Schule nach der anderen wird saniert oder neugebaut und damit fit für die Zukunft gemacht. So haben alle Schüler im gesamten Kreis beste Voraussetzungen für gute Bildung.

Unterrichtsqualität: Schulen nicht allein lassen

Gute Bildung ist nicht nur ein entscheidender Wettbewerbsvorteil in einem rohstoffarmen Land. Gebildete und verantwortungsbewusste Menschen sind für uns Liberale auch Garanten für eine freiheitliche, offen und lebenswerte Bürgergesellschaft.

Gute Schulgebäude sind die Voraussetzung für gute Bildung, entscheidend ist aber am Ende die Qualität des Unterrichts. Bei den Schulen ist das eine Aufgabe der Länder. Wir dringen darauf, dass unsere Anstrengungen vor Ort nicht durch eine falsche Politik auf Landesebene vereitelt werden. Die Inklusion und die Unterbringung von Flüchtlingskindern eröffnen Chancen. Sie sind jedoch auch enorme Herausforderungen für unsere Schulen. Die Schulen dürfen dabei nicht allein gelassen werden! Die von Liberalen in Regierungsverantwortung auf Landesebene erreichte Verbesserung der Lehrerversorgung muss allen Schülern zu Gute kommen und darf nicht für die Bewältigung von Einzelaufgaben aufgezehrt werden.

Schulvielfalt: Denn jedes Kind ist anders

Wir Freie Demokraten stehen seit jeher für Schulvielfalt und Wahlfreiheit anstelle der Einheits-

schule. Schließlich gibt es auch nicht das »Einheitskind«. Jedes Kind ist anders! Aufgabe der Politik ist es, für jeden das passende Angebot zu finden und bereitzustellen. Das gilt insbesondere für die Wahl der Schulform. Lehrer, Schüler und Eltern müssen hier rein pragmatisch entscheiden, was das Beste für das Kind ist. Das differenzierte und vielfältige Angebot der Hochtaunus-Schulen muss für jeden jungen Menschen die passende Chance bieten. Kein Talent darf verlorengehen! Für den einen Schüler kann die Gesamtschule optimal sein, für einen anderen die individuelle Förderung in einer Förderschule besser passen. Gleiches gilt für die Wahl zwischen dem Abitur in 12 oder 13 Jahren.

Ja zum Gymnasium

Bildungsvielfalt heißt, dass wir jede Schulform stärken wollen und nicht wie die Landesregierung gymnasiale Oberstufen und Grundschulen aus parteipolitischen Gründen massiv benachteiligen. Die Lehrerausstattung darf nicht für ideologische Grabenkämpfe missbraucht werden, sondern jede Schule muss gut ausgestattet sein.

Bildungspolitik ist der falsche Ort für Ideologie. Die FDP steht daher für Pragmatismus und Vernunft. Mit uns gibt es keine schleichende Aushöhlung der Gymnasien, wie sie in Nachbarkreisen praktiziert wird. Gerade im Hochtaunuskreis bil-

den die Gymnasien das Kernstück unserer qualitativ hochwertigen Schullandschaft.

Lebenslanges Lernen: Weil Bildung niemals aufhört

Bildung ist für uns ein Wert an sich. Neben unseren vielfältigen kulturellen Möglichkeiten sind es die Volkshochschulen, die für alle Bildungsinteressierten attraktive Angebote bereitstellen. Die FDP unterstützt deshalb den Grundsatz des lebenslangen Lernens. In Zukunft ist eine noch stärkere Zusammenarbeit der beiden Volkshochschulen im Kreisgebiet anzustreben, um Synergien zu nutzen und ein noch besseres Angebot für die Menschen im gesamten Kreis anbieten zu können. Auch dazu haben wir in der letzten Wahlperiode Anträge im Kreistag gestellt.

Engagierte Sozialpolitik der FDP fortsetzen

Die Liberalen wenden sich gegen eine ideologisch gesteuerte Umverteilungspolitik nach dem Gießkannenprinzip. Wir sind für personenzentrierte Hilfen, dort wo sie notwendig sind und an den jeweiligen Hilfebedarf angepasst werden können. Wir möchten keine staatliche Alimentation auf Lebenszeit, sondern glauben an den Einsatzwillen und die Verantwortungsbereitschaft

des einzelnen nach den Prinzipien ›Fördern und Fordern‹ und ›Hilfe zur Selbsthilfe‹. Nach unserer Meinung ist umfassende Bildung und Ausbildung, angefangen im frühen Kindesalter, die beste Sozialpolitik für Gegenwart und Zukunft.

Die engagierte Sozialpolitik der FDP in der Regierungsverantwortung im Hochtaunuskreis bis 2011 hat bewirkt, dass Einrichtungen, die heute als selbstverständlich gelten, entstehen und bestehen konnten, wie z. B. Profamilia, Frauenhaus, Psychosoziale Kontaktstelle u. a. mehr. Diese bewährten Organisationen sind weiterzuentwickeln.

Wir möchten die, durch den Flüchtlingsstrom ausgelösten, knapper werdenden sozialen Finanzmittel weiterhin gerecht einsetzen, um Verteilungskämpfe zu vermeiden und den inneren Frieden in unserem Land zu bewahren.

Wir Freien Demokraten haben uns immer für die Rechte und die Teilhabe behinderter Menschen im Alltagsleben eingesetzt. Der Hochtaunuskreis ist hinsichtlich der Einrichtungen und Arbeitsmöglichkeiten für Behinderte gut aufgestellt.

3.

Kultur, Erholung – im Taunus lässt sich's gut leben

Wir Freie Demokraten stehen für den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer hohen Lebensqualität im Taunus. Das gilt nicht nur für Umwelt und Natur. Für einen der schönsten Landkreise Deutschlands gehört auch ein herausragendes kulturelles Angebot dazu, das kommunale und überregionale Elemente beinhaltet und bürgerschaftliches Engagement honoriert und fördert. Der Taunus ist das Wohn- und Naherholungsgebiet im verdichteten Ballungsraum Rhein-Main-Taunus und als solches zu erhalten und weiterzuentwickeln. Auch touristisch bleibt die Destination Taunus eine erstklassige Adresse.

Kultur – im Taunus leben mit Niveau

Kultur ist ein Markenzeichen der FDP. Kultur gilt es, auch in finanziell schwierigen Zeiten zu bewahren und weiterzuentwickeln. Der Fachbereich Kultur im Landratsamt ist personell derzeit sehr gut aufgestellt. Leider aber werden unsere Anträge zur Aufstockung des Etats zum Ankauf von Archivgut, Literatur und Regionalkunst von

der Großen Koalition stets abgelehnt. Wer keine 3000 Euro zusätzlich für die Geschichte und Kunst des Kreises – in einem Haushalt von 350 Mio. Euro – findet zeigt, welchen Stellenwert er der Kultur beimisst.

Wir setzen uns weiter für die Vernetzung der lokalen kulturellen Angebote in den Städten und Gemeinden auf Kreisebene und die Mitwirkung an einem einzigartigen kulturellen Angebot in der Region Frankfurt-Rhein-Main ein. Durch die finanzielle Beteiligung an der Neuausrichtung der Werner-Reimers-Stiftung konnte ein wissenschaftliches Forschungskolleg von internationalem Rang in Bad Homburg etabliert werden. Bei aller Vielfalt der kulturellen Angebote im Kreis sehen wir gleichwohl das Problem, dass das Angebot für junge Leute mitunter wenig attraktiv ist. Wir setzen uns bei den Trägern ein, dies zu ändern.

Wir Freie Demokraten wollen das ehemalige Prinzen-Palais auf dem Gelände des Alten Landratsamtes, ein Baudenkmal, das gerade liberale Traditionen von 1848 verkörpert, zu einem Zentrum für Bildung und Kultur des Usinger Landes ausbauen. Der Fachbereich Kultur könnte dort ebenfalls angesiedelt werden, und mit einer neuen Nutzung gleichzeitig auch wertvolle historische Bausubstanz gesichert werden. Im Prinzen-Palais könnten Ausstellungen, Seminare, Lesungen, Podiumsdiskussionen und kleinere Konzerte und Vorträge stattfinden. Leider ist diese

liberale Initiative an der Mehrheit von CDU und SPD in den letzten 5 Jahren gescheitert.

Libérale Kulturpolitik setzt auf die Fortführung der regionalen Kulturförderung im Kulturfonds Rhein-Main-Region genauso wie auf die Förderung der zahlreichen ehrenamtlichen Initiativen und Vereine vor Ort. Gerade in den vielen Städten und Gemeinden im Hochtaunuskreis gibt es großartige kulturelle Initiativen und Projekte. Sie bekannt zu machen, zu vernetzen und zu fördern ist Ziel liberaler Kulturpolitik.

Der Kulturfonds Frankfurt Rhein-Main soll international beachtete Kulturereignisse wie die Blickachsen und das Orgelfestival Fugato in Bad Homburg und die Kronberg Academy mit ihren Meisterkursen für Cellisten und wunderbaren Konzerten verstärkt fördern. Wir stehen zur Mitgliedschaft des Hochtaunuskreises im Kulturfonds, auch wenn er mit Kosten verbunden ist, und fordern das Land Hessen auf, sich aus der gemeinsamen Arbeit nicht zurückzuziehen, sondern genauso wie die Staatstheater in Darmstadt, Kassel und Wiesbaden auch die Kultur in der Rhein-Main-Region zu fördern.

Destination Taunus

Im Taunus kann man nicht nur hervorragend wohnen und arbeiten. Auch Gäste sind eingeladen, die Natur zu genießen und sich bei uns zu erholen. Tourismus ist für uns im Hochtaunus ein

wichtiger, aber noch zuwenig entwickelter Wirtschaftsfaktor. Die FDP tritt deshalb für eine verstärkte Akzentuierung und Werbung des Kreises für unsere Bäder, Burgen und Wälder ein. Der Heilklimapark Hochtaunus ist dafür genauso wichtig wie die Koordinierung der Freizeit-, Gesundheits- und Erholungsangebote. Die FDP hat sich in der Vergangenheit erfolgreich für den Bau des Taunus-Informationszentrums als Sitz des Naturparks Hochtaunus und des Taunus-Touristik-Service eingesetzt. Seit 2011 besteht an der Hohemark in Oberursel ein wichtiger Anlaufpunkt für alle Taunusbesucher, der hervorragend angenommen wird.

Keine Windräder im Naturpark Hochtaunus

Die verschiedenen Interessen von Touristen, Umwelt und Bewohnern des Hochtaunuskreises gilt es in Einklang zu bringen. Es kommt darauf an die Zersiedelung der Fläche ebenso zu verhindern wie die Verspargelung der Landschaft mit zahllosen ineffizienten Windkraftanlagen. Um es klar zu sagen: Wir sind gegen weitere Windenergieanlagen im Naturpark Hochtaunus! Unsere Taunuswälder müssen als unzerschnittene Räume für die Naherholung erhalten bleiben.

Verträgliches Wachstum – keine Siedlungsgroßprojekte

Der Bau von Windkraftanlagen im dichtbesiedelten Rhein-Main-Gebiet mit starkem Flächenverbrauch für die notwendige Verkehrsinfrastruktur ist ohnehin unsinnig und behindert mitunter unsere Entwicklungsmöglichkeiten. Er belastet die Landschaft ohne echten Nutzen für die Energieversorgung und – was besonders ernüchternd ist – ohne echten Nutzen für das Weltklima. Vorhandene Freiflächen im Kreisgebiet – insbesondere im Vordertaunus – werden zukünftig dringend für eine Neuausweisung von Gewerbe- und Wohngebieten gebraucht. Das Wachstum der Kommunen des Kreises muss verträglich gestaltet und gut gemischt werden – Siedlungsgroßprojekte vom Reißbrett lehnen wir ab, geschlossene Stadtteile für den sozialen Wohnungsbau genauso.

4.

Infrastruktur und Gesundheit

Eine gute Verkehrsanbindung ist der entscheidende Standortfaktor beim Wettbewerb um Arbeitsplätze und Lebensqualität vor Ort. Wir Liberale setzen auf die Vielfalt der Verkehrssysteme und auf eine breite Kombination der Angebote. Am Ende entscheiden wir alle persönlich, welche Art von Mobilität zu welchem Zweck für uns die Beste ist, egal ob wir zur Schule oder Kindergarten, zur Arbeit, zum Arzt, zum Einkaufen oder zur Erholung wollen.

Mobil – mit Maß und Ziel

Wir Freie Demokraten wollen den gestiegenen Mobilitätsanforderungen gerecht werden. Der Hochtaunuskreis verfügt über gute Straßen- und Verkehrswege. Die Instandhaltung in und nach harten Wintern ist wichtig, um Werte zu erhalten und die Mobilität zu garantieren. Aber wir müssen darüber hinaus das Angebot von Straße und Schiene ergänzen und stärker kombinieren. Das bedeutet eine Optimierung von Straßen und Kreuzungen, aber auch verbesserte Taktzeiten, verbesserte Fahrgastinformation und Service in Bus und Bahn. Einem veränderten Mobilitätsver-

halten muss Rechnung getragen werden. Dazu gehört auch eine Verbesserung des örtlichen und überörtlichen Radwegenetzes.

Gerade ein eng verzahntes Angebot des öffentlichen Nahverkehrs mit Bussen und Bahnen genießt im Hochtaunuskreis mit dem Verkehrsverbund Hochtaunus – nicht zuletzt auch wegen der großen Bedeutung für den Schülerverkehr – einen hohen Stellenwert. Wir haben uns für die Einführung der Clever-Card für Schüler eingesetzt, damit diese das Angebot des RMV in der Freizeit nutzen können. Unsere Schüler sollen die Vorzüge des öffentlichen Personenverkehrs kennen und schätzen lernen. Punktuelle Überbelastungen zum Ferienanfang müssen künftig besser aufgefangen werden.

Der Ausbau der Taunusbahn ist unser Anliegen seit vielen Jahren. Deshalb haben wir im letzten Jahr der Verlängerung der S-Bahn S5 bis Usingen zugestimmt. Die Elektrifizierung der Strecke bis Usingen ist ein Schritt in die richtige Richtung und ein wichtiger Meilenstein für den Hochtaunuskreis.

Die weitere Elektrifizierung der Taunusbahn bis Grävenwiesbach bleibt jedoch unser Ziel. Beim Erhalt und Ausbau der Strecke müssen wir dabei verstärkt mit unserem Nachbarkreis Lahn-Dill kooperieren. Wir unterstützen grundsätzlich die Instandsetzung des 1300 m langen Hasselborner Tunnels Richtung Brandoberndorf. Aber die Tunnelmodernisierung darf nicht um jeden Preis und nicht ausschließlich zulasten des Hoch-

taunuskreises erfolgen. Da der Lahn-Dill-Kreis von der Anbindung massiv profitiert, muss sich mit nach unserer Auffassung mindestens 50 % der Kosten beteiligen.

Die FDP Hochtaunus unterstützt den Ausbau der Regionaltangente West, eines der wichtigsten Verkehrsinfrastrukturprojekte im Vorder- und des gesamten Rhein-Main-Gebietes. Die Regionaltangente West verbindet die Städte Friedrichsdorf, Bad Homburg, Oberursel und Steinbach direkt mit dem Main-Taunus-Kreis, dem Frankfurter Flughafen und Neu-Isenburg.

Wir unterstützen den Erhalt und Ausbau von Nachtbusverbindungen von und nach Frankfurt, genauso wie Anruf-Sammeltaxis und Minicars oder Car-Sharing-Modelle. Wir wollen prüfen lassen, ob es möglich ist, am Wochenende jeweils in der Nacht von Samstag auf Sonntag einmalig einen Nachtzug über die Linie S5 oder die Taunusbahn bereitzustellen und mit dem Bus 261 zu koordinieren. Das würde für junge Leute das Leben im Hochtaunus schlagartig attraktiver machen und die Gefahr sog. Disco-Unfälle deutlich verringern. Wir setzen uns dafür ein, dass Fahrpläne und aktuelle Fahrplaninformationen soweit wie möglich von den Verkehrsträgern in standardisierter und maschinenlesbarer Form öffentlich bereitgestellt werden (Open Data), um die Entwicklung intelligenter Anwendungen durch Drittanbieter – zum Beispiel Suchmaschinen, Mobiltelefonhersteller und App-Entwickler – zu erleichtern.

Hochtaunuskreis – ein leistungsfähiger Standort für unsere Gesundheit

Die medizinische Notfall- und Regelversorgung im Hochtaunuskreis muss für alle Bürger vor Ort schnell erreichbar bleiben. Entscheidend ist dabei die Vielfalt und eine hohe Qualität des Angebots. Trotz schwieriger finanzieller und gesundheitspolitischer Rahmenbedingungen treten wir Freien Demokraten für den Erhalt unserer vielfältigen Klinikversorgung im Hochtaunuskreis, selbstverständlich ebenso für Kliniken in privater Trägerschaft, ein.

Wir bekennen uns zu den kreiseigenen Klinikstandorten Bad Homburg, Usingen und Königstein. Durch die Neubauten in Bad Homburg und Usingen mit einem privaten Träger entstanden hier zwei der modernsten Kliniken Deutschlands. Durch die Übernahme der Mehrheit des St.-Josef-Krankenhauses hat der Hochtaunuskreis seine Wettbewerbschancen im Westen des Hochtaunuskreises gewahrt und einen zusätzlichen geriatrischen Schwerpunkt in der medizinischen Versorgung geschaffen.

Das hohe Leistungsniveau, das durch jüngste Zertifizierungen bestätigt wurde, gilt es langfristig aufrechtzuerhalten. Aufgrund der derzeit hohen Defizite im laufenden Klinikbetrieb kann dieser Anspruch nur gehalten werden, wenn die Kliniken auf wirtschaftlich gesunden Füßen stehen und sich im Wettbewerb behaupten. Zur Op-

timierung sind deshalb Kooperationen mit anderen Kliniken anzustreben, insbesondere denen des benachbarten Wetteraukreises, notfalls muss eine Privatisierung in Auge gefasst werden.

Neben der medizinischen Regel- und Notfallversorgung sind Spezialeinrichtungen wie z. B. eine Akutstation für Schlaganfallpatienten (»stroke unit«) am Krankenhaus Bad Homburg, sowie interdisziplinäre geriatrische Stationen wohnortnah mehr als sinnvoll.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine flächendeckende Haus- und Facharztversorgung in ländlichen Gebieten ein. Von entscheidender Bedeutung ist, dass jeder Patient den Arzt und das Krankenhaus seines Vertrauens frei wählen kann: Es entspricht den Prinzipien der Liberalen, jede staatlich verordnete Zuteilungsmedizin abzulehnen.

5.

Politik, die rechnen kann. Wer bestellt, bezahlt

Das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger findet in den Städten und Gemeinden statt. Dort sind auch die Probleme zu meistern: Demographischer Wandel, Ausbau der Betreuung unserer Kinder durch die Schaffung von zusätzlichen Krippen-, Kindergarten und Betreuungsplätzen sowie die Integration und Bewältigung des aktuellen Flüchtlingszustroms. Für diese Arbeit stehen den Kommunen nicht annähernd ausreichend Finanzmittel zur Verfügung. Ehrenamtliche Arbeit wird deshalb in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen müssen. Ehrenamtliche Arbeit muss entsprechend stärker hervorgehoben und anerkannt werden.

Bund und Land lassen die Kommunen alleine

Weder die Große Koalition aus CDU und SPD in Berlin noch Schwarz-Grün in Wiesbaden schaffen bei der Unterfinanzierung der Städte, Gemeinden und – damit auch – der Landkreise Abhilfe. Selbst ein wohlhabender Kreis wie der Hochtaunuskreis und zahlreiche seiner Städte

und Gemeinden können so keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Schlimmer noch: CDU und Grüne in Hessen haben in großem Umfang Geld aus den Kommunen abgezogen und so letztlich – weitgehend unbemerkt – indirekte Steuererhöhungen durchgezogen. Der von der CDU/Grünen-Landesregierung beschlossene neue Finanzausgleich wird einige Städte und Gemeinden des Hochtaunuskreises sogar noch zusätzlich belasten. Im Ergebnis würden sie bedeuten, dass kommunale Steuern, Gebühren und Abgaben weiter erhöht werden müssen, Bürger und Unternehmer, Eigentümer und Mieter noch stärker belastet werden. Wir Freie Demokraten lehnen deshalb eine weitere Belastung unserer Kommunen ab und fordern eine stabile Finanzausstattung der Hessischen Kommunen.

Auf die Kernaufgaben des Kreises konzentrieren

Gleichzeitig aber unternimmt der Hochtaunuskreis aus unserer Sicht selbst zu wenige Anstrengungen, um die ihm zur Verfügung stehenden knappen finanziellen Mittel effizienter einzusetzen: Die allgemeine Kreisverwaltung muss schlanker werden. Dazu muss endlich ein langfristiges Personalkonzept erarbeitet werden. Geschäftsführerpositionen von kreiseigenen Gesellschaften dürfen nicht wie im Fall der Taunusdienste – aufgrund einer „Initiativbewerbung“

ohne transparentes Verfahren – rein parteipolitisch besetzt werden. Die Defizite der Cafeteria und Tiefgarage im Landratsamt sind zu begrenzen. Die selbstgesetzten Ziele des Haushaltssicherungskonzeptes müssen ernster genommen werden. Die kreiseigenen Immobilien können besser vermarktet werden und dürfen nicht wie die Heinrich-Müller-Siedlung in Usingen unter Wert verkauft werden. Schließlich ist auch ein besseres Konzept zum Abbau der Defizite des Kreishallenbades in Usingen zu erarbeiten.

Der Hochtaunuskreis muss beim Sparen kreativer werden. Die Kooperation mit anderen Kreisen ist dringend zu intensivieren. Vor allem muss sich der Kreis auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Dazu gehört nicht die Anlage von Kreisvermögen in Süwag-Aktien – denn das ist letztlich eine Finanzspekulation, wie sie in der Vergangenheit bei vielen Gebietskörperschaften für bittere Verluste gesorgt hat. Wir fordern nach wie vor, dass der Kreis seine Süwag-Aktien im Wert von mehr als 6 Mio. Euro verkauft.

Auch Essenkochen ist nicht Kreis Aufgabe. Die Versorgung vieler Schulen und Kindergärten mit Mittagessen findet schon jetzt durch private Anbieter statt – zur großen Zufriedenheit aller. Warum also muss dann der Kreis mit der Taunus-Menü-Service-GmbH noch eine eigene Gesellschaft betreiben und den Privaten Konkurrenz machen, noch dazu, wenn dafür öffentliche Zuschüsse gezahlt werden bzw. Verluste zulasten

des Kreises entstehen? Wir fordern deshalb weiter den Verkauf der Taunus-Menü-Service-GmbH.

Nicht nur der Kreis muss sich stärker auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Auch die Müllgesellschaften Rhein-Main-Deponie (RMD) und die Main-Taunus-Recycling (MTR) als wesentliche Beteiligungen des Hochtaunuskreises müssen sich auf ihr Kerngeschäft beschränken: Wirtschaftliche Tätigkeiten im Rahmen der Abfallentsorgung, Deponienachsorge und Recycling auf dem Deponiegelände. Der Ausbau der Gesellschaften zu einem Mischkonzern mit Geothermieprojekten und Photovoltaikanlagen außerhalb der Deponie lehnen wir ab. Wir haben immerhin schon erreichen können, dass die MTR keinen eigenen Reiterhof – mit hohen jährigen Defiziten – mehr betreibt.

Was ist Ihre Meinung?
Sprechen Sie uns an!

FDP-Kreisverband Hochtaunus

Geschäftsstelle

Saalburgstraße 47

61350 Bad Homburg v.d.H.

Tel.: +49 61 72 22 90 9

Fax: +49 61 72 23 66 9

info@fdp-hochtaunus.de

www.fdp-hochtaunus.de